WP-04-190 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: Ruth Seidl (KV Heinsberg)

Änderungsantrag zu WP-04

Von Zeile 190 bis 195:
~~Wir gestalten darüber hinaus eine Quartierspolitik, die gute Nachbarschaft und gesellschaftliche Teilhabe in den Mittelpunkt stellt. Dazu unterstützen wir Kommunen bei der Entwicklung altersfreundlicher Quartiere. Wohnortnahe Begegnungs- und Beratungsangebote, gut erreichbare Dienstleistungen und die aktive Beteiligung älterer Menschen an der Gestaltung ihres Lebensumfelds ermöglichen es, möglichst lange selbstbestimmt im vertrauten Umfeld zu leben.~~

Wir gestalten Quartiere inklusiv und generationenübergreifend. Gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben im vertrauten Umfeld stehen bei uns im Mittelpunkt. Wir unterstützen Kommunen bei der Entwicklung altersfreundlicher und inklusiver Dörfer, Gemeinden oder Quartiere in Städten durch die Vernetzung von Gesundheitsversorgung, Pflege, Eingliederungshilfe, Jugendhilfe, Sozialberatung, Wohnungswirtschaft und/oder anderen zivilgesellschaftlichen Angeboten in quartiersbezogenen Beratungs- und Vernetzungszentren. Das Land unterstützt die Kommunen beim Aufbau und einer bedarfsgerechten personellen Ausstattung dieser Strukturen. So sorgen wir dafür, dass konkrete Unterstützung frühzeitig, verlässlich und ohne lange Wege vor Ort im Leben der Menschen ankommt.

Begründung

Der Änderungsvorschlag erweitert die bisher vorwiegend altersbezogene Quartiersperspektive um einen inklusiven und generationenübergreifenden Ansatz. Ziel ist, selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von Alter, Behinderung oder Unterstützungsbedarf zu ermöglichen. Die ausdrückliche Einbeziehung von Dörfern und Gemeinden macht deutlich, dass wohnortnahe Unterstützung nicht auf städtische Quartiere beschränkt sein darf.

Im Mittelpunkt steht die Vernetzung bestehender Angebote. Unterstützungsbedarfe lassen sich im Alltag häufig nicht einzelnen Zuständigkeiten zuordnen: Fragen des Wohnens, der Gesundheit, der Pflege und der sozialen Teilhabe greifen ineinander. Quartiersbezogene Beratungs- und Vernetzungszentren sollen deshalb Orientierung erleichtern, Zugänge zu passenden Hilfen verbessern und die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Angeboten verbindlicher gestalten. Dabei geht es nicht darum, spezialisierte Beratung oder individuelle Leistungsansprüche zu ersetzen, sondern vorhandene Kompetenzen zusammenzuführen und Versorgungslücken vor Ort besser zu erkennen.

Die Ergänzung konkretisiert außerdem die Verantwortung des Landes. Verlässliche Vernetzung braucht neben geeigneten Strukturen ausreichend Personal und eine angemessene Finanzierung. Der Vorschlag zielt deshalb nicht allein auf den Aufbau neuer Anlaufstellen, sondern auf eine langfristig tragfähige Unterstützung der Kommunen, die an vorhandene Einrichtungen und Netzwerke anknüpft und Doppelstrukturen vermeidet. Maßstab ist, dass Unterstützung für Menschen und ihre Angehörigen frühzeitig, zugänglich und im vertrauten Lebensumfeld erreichbar wird.

Unterstützer*innen

Volker Spelthann (KV Köln); Andreas Blanke (KV Wesel); Paul-Patrick Muschiol (KV Viersen); Uwe Marold Warnecke (KV Düsseldorf); Andreas Kanschat (KV Mettmann); Johannes Jürgen Tuschen (KV Wesel); Sabrina Grübener (KV Heinsberg); Ilona Schäfer (KV Wuppertal); Irina Prüm (KV Leverkusen); Judith Erichlandwehr (KV Kleve); Martina Hoffmann-Badache (KV Solingen); Martin Kresse (KV Rhein-Kreis-Neuss); Karin Schmitt-Promny (KV Aachen); Marie Niermann (KV Köln); Bärbel Hölzing-Clasen (KV Köln); Anja Lamodke (KV Bonn); Eva Christiane Kuzu (KV Bonn); Rolf Beu (KV Bonn); Thor Zimmermann (KV Köln)